



Ägypten



Ägypten

Einwohner:	Religionszugehörigkeit:	
87 Millionen	Muslime	90%
	Christen	10%

Schwieriger Weg zur Demokratie

Seit dem Sturz des Regimes von Husni Mubarak im Januar 2011 befindet sich Ägypten in einer turbulenten Phase des politischen und gesellschaftlichen Umbruchs. Die wirtschaftlichen Nöte großer Teile der Bevölkerung, die zum Umsturz geführt hatten – der Ruf nach Brot, Freiheit und sozialer Gerechtigkeit bestimmte damals die Demonstrationen auf dem Tahrir-Platz in Kairo – sind bis heute noch nicht behoben. Die Bevölkerung braucht dringend deutliche Verbesserungen im wirtschaftlichen und sozialen Bereich: Arbeitsplätze, vor allem für die junge Generation; bessere Schulen; mehr soziale Gerechtigkeit und wirksame Bekämpfung der verbreiteten Korruption. Die Lage bleibt weiterhin angespannt.

Die ersten freien Parlamentswahlen Ende 2011 bis Anfang 2012 hatten zu einem deutlichen Sieg islamistischer Parteien geführt, die vor allem durch die islamistischen Bewegungen der Muslimbruderschaft und der Salafisten gegründet worden waren. Aus der ersten freien Präsidentschaftswahl im Mai 2012 (erster Wahlgang) und Juni 2012 (Stichwahl) ging Mohammed Mursi mit 51,7 Prozent der gültigen Stimmen als Sieger hervor. Am 30. Juni 2012 wurde er vereidigt. Die Mursi-Regierung zeigte sich unfähig, die massiven wirtschaftlichen Probleme des Landes wirksam zu bearbeiten. Ihre Prioritäten lagen vielmehr in einer raschen Islamisierung von Politik und Gesellschaft. Im Laufe des Jahres 2013 nahmen die Proteste der Bevölkerung gegen die Regierung von Präsident Mursi zu, vor allem gegen seine Wirtschaftspolitik und seinen als autoritär empfundenen Regierungsstil. Aber auch die Anhänger der Mursi-Regierung gingen in großer Zahl auf die Straße, um für die Regierung zu demonstrieren. Zwischen den Anhängern und den Gegnern Mursis kam es immer wieder zu teils heftigen Zusammenstößen. Die Polizei ging hart und energisch gegen Demonstranten vor. Bei diesen Auseinandersetzungen gab es auch zahlreiche Todesopfer. Als sich der erste Jahrestag des Amtsantritts von Präsident Mursi näherte, wurden die Aufforderungen zu



Massenprotesten und die Rufe nach einem Rücktritt des Präsidenten lauter. Die Protestbewegung „Tamarod“ (arabisch für „Rebellion, Aufstand“) sammelte in der Bevölkerung nach eigenen Angaben 22 Millionen Unterschriften für einen Sturz der Mursi-Regierung und rief für den 30. Juni 2013 zu Massenprotesten auf. Tatsächlich gingen an diesem Tag Millionen von Menschen landesweit zu Demonstrationen gegen die Mursi-Regierung auf die Straße. Nach Angaben der Armee sollen es rund 14 Millionen Demonstranten gewesen sein, in manchen Medien kursierte gar die Zahl von 33 Millionen, was aber angesichts einer Gesamtbevölkerung von rund 87 Millionen Einwohnern unglaubwürdig klingt.

Der damalige Armeechef und Vorsitzende des Militärrates Abdel Fattah al-Sisi verkündete am 1. Juli 2013 im Staatsfernsehen ein Ultimatum an die Regierung. Innerhalb von 48 Stunden sollte die Regierung den Konflikt lösen und die Forderungen des Volkes erfüllen. Als Präsident Mursi sich weigerte, von seinem Amt zurückzutreten, übernahm das Militär nach Ablauf des Ultimatums die Staatsgewalt, setzte die Verfassung außer Kraft, enthob Präsident Mursi seines Amtes und setzte eine Übergangsregierung ein. Der Verfassungsrichter Adli Mansur wurde zum Übergangspräsidenten ernannt. Al-Sisi kündigte auch eine neue Präsidentschaftswahl und die Überarbeitung der Verfassung an.

Unruhen im Gefolge des Machtwechsels

Während große Teile der Bevölkerung die Absetzung der Mursi-Regierung begrüßten, kam es zu heftigen Protesten der Mursi-Anhänger, die von der neuen Militärregierung blutig niedergeschlagen wurden. Dabei gab es Hunderte von Todesopfern, Tausende Anhänger der Muslimbruderschaft wurden verhaftet und zum Teil in Schnellprozessen zum Tod verurteilt. Im Zuge der Unruhen kam es im August 2013 auch zu zahlreichen Anschlägen auf Kirchen, Klöster, christliche Schulen und andere kirchliche Einrichtungen. Vertreter der Muslimbruderschaft hatten die Christen im Land beschuldigt, für den Sturz der Mursi-Regierung mitverantwortlich zu sein, und so den Hass auf die Christen geschürt. Dutzende christliche Kirchen wurden durch Brandanschläge beschädigt, auch zahlreiche Wohnhäuser und Geschäfte von Christen wurden angegriffen, in Brand gesteckt oder geplündert. Betroffen waren vor allem Gemeinden in den oberägyptischen Städten Minya, Assiut und Fayum.



Ägypten

Präsidentenwahlen im Mai 2014

Bei den Präsidentenwahlen im Mai 2014 wurde Abdel Fattah al-Sisi mit großer Mehrheit zum neuen Präsidenten gewählt, am 8. Juni 2014 trat er sein Amt an. Seitdem führt er das Land mit strenger Hand. Mehrere Gesetze wurden verschärft, Rechte auf freie Meinungsäußerung, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit wurden eingeschränkt. Menschenrechtsorganisationen berichteten von einer deutlichen Verschlechterung der Menschenrechtssituation unter der neuen Regierung.

Neue Verfassung

Unter der Regierung von Präsident Mursi war eine neue Verfassung für den ägyptischen Staat ausgearbeitet worden. In dem Verfassungsreferendum im Dezember 2012 stimmten bei einer Wahlbeteiligung von rund 33 Prozent der Wahlberechtigten etwa 64 Prozent für die von den Muslimbrüdern geprägte und mit islamistischen Elementen versehene Verfassung. In der Verfassungsgebenden Versammlung, die den Verfassungsentwurf ausgearbeitet hatte, stammten rund zwei Drittel der Mitglieder aus dem islamistischen Spektrum.

Nach dem Sturz der Mursi-Regierung im Juli 2013 wurde die Verfassung außer Kraft gesetzt. Es wurde eine neue Verfassungskommission eingesetzt, die Mitglieder wurden von der Übergangsregierung per Dekret bestimmt. Vertreter der Muslimbruderschaft waren diesmal generell ausgeschlossen, nur ein einziger Repräsentant der salafistischen Al-Nur-Partei war in dem Gremium vertreten. Auch drei Vertreter der Kirchen waren beteiligt. Am 14. und 15. Januar 2014 wurde ein neuer Entwurf für die Verfassung in einem Referendum dem ägyptischen Volk zur Abstimmung vorgelegt. Obwohl die Wahlbeteiligung mit rund 39 Prozent recht niedrig lag, wurde die Verfassung mit 98 Prozent der abgegebenen Stimmen angenommen. Die Muslimbruderschaft hatte im Vorfeld der Wahlen ihre Anhänger zum Boykott der Volksabstimmung aufgerufen.

In der jetzigen Verfassung, die am 18. Januar 2014 in Kraft getreten ist, ist der Bezug zum Islam wieder reduziert. Der Islam ist zwar weiterhin Staatsreligion in Ägypten (Artikel 2). Und auch die Prinzipien des islamischen Rechts, der Scharia, sind weiterhin die hauptsächliche Quelle der Gesetzgebung. Aller-



dings ist nun wieder der ägyptische Verfassungsgerichtshof dafür zuständig, die Konformität aller Gesetze mit der Scharia zu überprüfen. In der vorherigen, unter Präsident Mursi erarbeiteten Verfassung war diese Aufgabe an die anerkannten islamischen Rechtsschulen verwiesen worden. Islamische Rechtsgelehrte hätten also das letzte Wort über die Gesetzgebung gehabt.

In der Präambel der Verfassung wird Ägypten als „Wiege der Religionen“ bezeichnet, gemeint sind die „drei Offenbarungsreligionen“, also Judentum, Christentum und Islam. Als Vertreter des Judentums wird Mose erwähnt mit seiner Gottesoffenbarung am Sinai. Ägypten wird dann beschrieben als Land, in dem die Ägypter die „Jungfrau Maria und ihr Neugeborenes“ willkommen heißen hätten und wo Tausende von Märtyrern „in der Verteidigung der Kirche Jesu“ gestorben seien. Schließlich aber sei Mohammed als „Siegel der Propheten“ zur ganzen Menschheit gesandt worden, und so hätten sich auch die Ägypter „für das Licht des Islams“ geöffnet.

Artikel 3 der Verfassung legt fest, dass die „Prinzipien der Gesetze der ägyptischen Christen und Juden“ die Hauptquelle für alle Gesetze darstellen, mit denen ihr persönlicher Status, ihre religiösen Angelegenheiten und die Wahl ihrer geistlichen Führer geregelt werden. Diese beiden Religionsgemeinschaften können also ihr religiöses Leben und ihre inneren Angelegenheiten nach eigenen Vorstellungen und Traditionen bestimmen und gestalten.

Die Rechte der Bürger werden durch die neue Verfassung gestärkt, die Gleichberechtigung von Männern und Frauen zum Beispiel oder die Garantie von Presse- und Meinungsfreiheit. Artikel 53 bestimmt, dass die „Bürger gleich sind vor dem Gesetz“ und nicht diskriminiert werden dürfen, weder aufgrund ihrer Religion, ihres Glaubens, ihres Geschlechts, ihrer Sprache noch irgendeines anderen Grundes. Diskriminierung und die Anstachelung zu Hass gelten als „Verbrechen, die gesetzlich zu bestrafen sind“. Der Staat hat nun laut Verfassung die Aufgabe, „alle Formen der Diskriminierung zu beseitigen“. Dafür soll eine eigene unabhängige Kommission eingerichtet werden. Auch das Erziehungssystem soll dazu beitragen, Staatsbürgerschaft, Toleranz und Nichtdiskriminierung zu fördern (Artikel 19).

Die Religionsfreiheit ist jetzt als absolutes Recht definiert (Artikel 64). Es gibt keine Einschränkungen dafür, was eine Person glauben darf und was



Ägypten

nicht. Auch der Religionswechsel ist damit laut Verfassung erlaubt. Allerdings werden ausdrücklich die „Offenbarungsreligionen“ (Islam, Judentum, Christentum) diesem besonderen Schutz unterstellt, für sie sollen gleiche Rechte gelten. Die Kultfreiheit, das heißt, „religiöse Rituale“ zu praktizieren, und die Freiheit, Gebetsstätten zu errichten, werden ebenfalls durch Artikel 64 garantiert. Speziell für die Gemeinschaft der Christen gibt es noch den Artikel 235, der vorschreibt, dass das (noch zu wählende) Parlament in seiner ersten Legislaturperiode ein Gesetz erlassen soll, in dem der Bau und die Renovierung von Kirchen geregelt werden, so dass „den Christen die Freiheit, ihre religiösen Rituale auszuüben, garantiert wird“. Politische Parteien „auf religiöser Grundlage“ sind nun laut Verfassung verboten (Artikel 74).

Die jetzige Verfassung bietet also in Sachen Religionsfreiheit einige Verbesserungen. Alles hängt jedoch davon ab, inwieweit die Vorgaben der Verfassung dann auch tatsächlich in die Praxis umgesetzt werden, in der Gesetzgebung, in der Rechtsprechung und im gesellschaftlichen Miteinander. Nach Auffassung von Pater Antoine Rafic Greiche, dem Sprecher der katholischen Kirche in Ägypten, ist die Vision einer pluralistischen und inklusiven Gesellschaft, wie sie in der Verfassung zum Ausdruck komme, davon abhängig, dass sie einerseits in die staatlichen Gesetze einfließe und andererseits in die Köpfe und Herzen der Ägypter Eingang finde. Die Mentalität der Menschen müsse sich ändern. Selbst wenn es entsprechende Gesetze gebe, bestehe Gefahr, dass diese nicht angewendet würden, solange die Mentalität der Menschen sich nicht geändert habe.

Solidarität der Regierung mit der christlichen Minderheit

Als im Februar 2015 von Anhängern der Terrorbewegung „Islamischer Staat“ ein Video ins Internet gestellt wurde, in dem die brutale Enthauptung von 21 koptischen Christen aus Ägypten an der Mittelmeerküste Libyens gezeigt wurde, reagierte die Regierung unter Präsident al-Sisi umgehend und sehr entschlossen. Präsident al-Sisi verurteilte den terroristischen Akt, bezeichnete die Tat als „barbarisch“ und ordnete eine siebentägige Staatstrauer an. Die ägyptische Luftwaffe flog Angriffe gegen Stellungen der IS-Kämpfer und bombardierte Stützpunkte und Waffendepots der Extremisten. Der Präsident suchte auch das Oberhaupt der koptischen Kirche, Patriarch Tawadros II., auf, um ihm und der koptischen Kirche sein Beileid auszusprechen.



Schon zuvor hatte Präsident al-Sisi seine Nähe zur koptischen Minderheit bekundet. Am Abend des 6. Januars 2015 hatte er an der Mitternachtsmesse zum koptischen Weihnachtsfest in der St.-Markus-Kathedrale in Kairo teilgenommen und dabei auch eine kurze Ansprache gehalten. Das war ein historisches Ereignis, denn in der Vergangenheit waren immer nur Vertreter des Präsidenten entsandt worden. In seiner Ansprache betonte der Präsident die Einheit des ägyptischen Volkes und die Zusammengehörigkeit von Muslimen und Christen. Entscheidend sei die gemeinsame Staatsbürgerschaft, die unabhängig von kulturellen und religiösen Unterschieden gelte.

Diskriminierung und Gewalt gegen Christen

Nach wie vor aber erfahren Christen in Ägypten im Alltag vielfältige Formen der Diskriminierung. Vor allem im Beruf haben sie oft nicht die gleichen Chancen wie ihre muslimischen Mitbürger. Von Schlüsselpositionen in der staatlichen Verwaltung, in der Armee oder Polizei oder im Bildungswesen bleiben sie oft ausgeschlossen. Immer wieder waren koptische Christen in den vergangenen Jahren auch Opfer von Gewaltaktionen.

Problematisches Blasphemie-Gesetz

Menschenrechtsorganisationen wie die IGMF kritisieren immer wieder den Blasphemie-Paragrafen im ägyptischen Strafrecht. Artikel 98f des ägyptischen Strafgesetzbuches stellt die Diffamierung von Religion unter Strafe, das heißt, die Verbreitung „extremistischer Ideen mit der Absicht, Aufruhr zu stiften und Religionen zu verunglimpfen oder ihnen gegenüber eine verächtliche Haltung einzunehmen“ und dadurch die „nationale Einheit oder den sozialen Frieden“ zu stören. Kritiker bemängeln, dass dieser Paragraph, der die Meinungsfreiheit einschränke, leicht gegen missliebige Personen missbraucht werden könne.

Im Juni 2014 wurde der koptische Christ Kerolos Shouky Attallah in Luxor unter dem Vorwurf der Blasphemie verhaftet und zu sechs Jahren Haft verurteilt. Der 29-Jährige hatte bei Facebook durch ein „Like“ seine Zustimmung zu einer Internet-Website mit islamkritischen Äußerungen bekundet. Die Zahl der Blasphemie-Straffälle ist nach Angaben von Menschenrechtsorganisationen in den letzten Jahren angestiegen, vor allem im Zusammenhang mit den



Ägypten

neuen sozialen Medien. In einer Gesellschaft, in der die Meinungsfreiheit eingeschränkt ist, stellt das Internet gerade für junge Menschen eine Möglichkeit dar, sich zu verschiedenen Themen auch kritisch zu äußern.

Exemplarische Fälle von Gewalt und wichtige Entwicklungen

Im Folgenden werden einige exemplarische Fälle von Gewalt aufgelistet, in denen die Religionszugehörigkeit eine gewisse Rolle spielt. Eine vollständige Darstellung ist wegen der Vielzahl der Vorfälle nicht möglich. Darüber hinaus werden einige wichtige Vorkommnisse und Entwicklungen der letzten zwei bis drei Jahre dargestellt.

August 2013: Nach dem Sturz der Mursi-Regierung verbreitete die Muslimbruderschaft Gerüchte, die Christen seien an dem Sturz beteiligt gewesen. Im August 2013 wurden innerhalb weniger Tage Dutzende Kirchen, Klöster, christliche Schulen, Wohnhäuser und Geschäfte von Christen durch Brandanschläge schwer beschädigt, zum Teil auch zerstört. Viele dieser Angriffe ereigneten sich in Oberägypten, wo es größere christliche Gemeinden gibt.

November 2013: In der Ortschaft Badraman brannten aufgebraute Muslime zwei Wohnhäuser von Christen nieder, nachdem die Nachricht in Umlauf gekommen war, ein junger Christ habe eine Beziehung zu einer jungen Muslimin. Die betroffenen Familien hatten zunächst versöhnliche Gespräche geführt, doch andere Muslime waren über den Vorfall empört und zündeten das Haus der Eltern des koptischen Jungen und ein benachbartes Wohnhaus an.

Dezember 2013: In der Ortschaft Tarshoub musste eine koptische Kirche nach gewaltsamen Protesten geschlossen werden. Anhänger der Muslimbruderschaft hatten dagegen protestiert, dass neben der Kirche ein Wohnhaus für einen neuen koptischen Priester errichtet werden sollte. Der neue Priester wurde sogar daran gehindert, in die Ortschaft zu kommen. Obwohl es auch Gespräche zwischen Christen und Muslimen zur Beruhigung der Lage gab, setzten aufgebraute Muslime mehrere Wohnhäuser und Geschäfte von Christen in Brand.

Januar 2014: Mit rund 98 Prozent Zustimmung wurde die neue Verfassung in einem Volksreferendum angenommen. Im Gespräch mit KIRCHE IN NOT



äußerten sich die koptisch-katholischen Bischöfe Kyrillos William Samaan von Assiut, Antonios Aziz Mina von Gizeh und Johannes Zakaria Badir aus Luxor sehr positiv und begrüßten das Ergebnis als einen „sehr bedeutsamen Moment für die Zukunft Ägyptens“. Bischof Aziz Mina betonte die Inklusion, also den verbindenden Charakter der neuen Verfassung: „Diese Verfassung führt zu einer größeren Einheit aller Ägypter. Es ist eine gute Verfassung, denn sie erwähnt ausdrücklich alle Ägypter – einschließlich der Frauen, der Kinder und aller religiösen Gruppen.“

April 2014: In Kairo wurde die 25-jährige Christin Mary George Sameh von radikalen Islamisten aus ihrem Auto gezerzt und erschossen. Ihr Auto wurde angezündet. Die Angreifer hatten sich über ein Kreuz empört, das am Rückspiegel des Autos hing. Dem Angriff war keinerlei Provokation der jungen Frau gegenüber den Islamisten vorausgegangen, offensichtlich wurde sie wegen ihres Glaubens getötet.

April 2014: In der Ortschaft Marzouk in der Provinz Minya wurde ein koptischer Lehrer von einem seiner Schüler erschossen. Der Lehrer hatte den Schüler ermahnt, weil dieser im Klassenzimmer geraucht hatte. Auf dem Heimweg von der Schule wurde der 35-jährige Lehrer von dem Schüler und dessen Familienangehörigen, offensichtlichen Sympathisanten der Muslimbruderschaft, aufgehalten und zur Rede gestellt. Der Lehrer versuchte zu fliehen, wurde aber eingeholt, geschlagen und schließlich in den Kopf geschossen. Kurze Zeit später erlag er seinen schweren Verletzungen.

Juni 2014: In Luxor wurde die christliche Grundschullehrerin Demiana Emad, 23 Jahre alt, beschuldigt, für ihren christlichen Glauben geworben und den Islam geschmäht zu haben. Sie wurde zu sechs Monaten Haft und einer Geldstrafe von umgerechnet rund 14 000 US-Dollar verurteilt. Sie legte Berufung ein, diese wurde jedoch abgelehnt. Der Leiter des Allerheiligen-Klosters in Tud, Sarabamon El Shayeb, bezeichnete den Vorfall als Teil einer „systematischen Unterdrückung der Christen in Ägypten“.

Juni 2014: In Kairo wurde Bishoy Boulous Armia, der schon vor vielen Jahren vom Islam zum Christentum konvertiert war, zu fünf Jahren Haft verurteilt, weil er als Journalist durch seine Berichterstattung über die Diskriminierung von Christen angeblich Spannungen zwischen Muslimen und Christen



Ägypten

geschürt habe. Im Jahr 2007 hatte er die Behörden herausgefordert, als er die Änderung seiner Religionszugehörigkeit in seinen Ausweispapieren beantragte. Sein Anwalt äußerte den Verdacht, die Verurteilung habe mit dem großen Bekanntheitsgrad des Journalisten zu tun.

Juni 2014: Kerolos Shouky Attallah, ein 29-jähriger Christ, wurde zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt, weil er bei Facebook durch ein „Like“ seine Zustimmung zu einer Internet-Website mit islamkritischen Äußerungen bekundet hatte. Das wurde als kriminelle Handlung gemäß Artikel 98f des ägyptischen Strafgesetzbuches gewertet, der die Diffamierung und Verunglimpfung von Religion unter Strafe stellt. Die Höhe der Strafe hat nicht nur die koptische Gemeinschaft in Ägypten schockiert, sondern auch viele junge Menschen, unter denen Facebook als soziales Netzwerk sehr beliebt ist.

Juni 2014: Das „Tahrir-Institut für Nahost-Politik“ (TIMEP) kritisierte in einer Analyse, dass durch das ägyptische Blasphemie-Gesetz nicht nur grundlegende Rechte wie Meinungs-, Rede- und Religionsfreiheit eingeschränkt, sondern auch konfessionelle Spannungen geschürt würden.

November 2014: In der Stadt Port Said wurden neben der St.-Mina-Kirche zwei selbstgebastelte Sprengsätze gefunden, die nicht explodiert waren. Nach Angaben des Gemeindepriesters, Pfarrer Timothy Shakar, wurde der Fall von der Polizei untersucht. Etwa zur gleichen Zeit wurde ein Aufruf von Abu Musab al-Maqdisi, einem hochrangigen Führer der IS-Miliz, an die Kämpfer bekannt, den Krieg auf Ägypten auszudehnen und dort die koptischen Christen zu töten.

Januar 2015: In der Stadt Minya wurden zwei ägyptische Polizisten erschossen, als sie anlässlich des Weihnachtsfestes die Kirche des „Guten Hirten“ bewachten. Seit dem Sturz der Mursi-Regierung war es wiederholt zu vergleichbaren Angriffen auf Polizeibeamte gekommen.

Februar 2015: An der Mittelmeerküste in Libyen wurden 21 christliche Gastarbeiter aus Ägypten auf brutale Weise von Kämpfern der Terrormiliz „Islamischer Staat“ enthaupet. Die Aktion wurde gefilmt und das Video ins Internet gestellt. Der ägyptische Präsident Abdel Fattah al-Sisi verurteilte die terroristische Tat aufs Schärfste und versprach, angemessene Gegenmaßnahmen



men zu ergreifen. Die koptische Kirche in Ägypten hat die 21 Getöteten umgehend zu Märtyrern erklärt. Im Video war zu sehen, wie die Opfer mit Worten des Gebetes und des christlichen Bekenntnisses auf ihren Lippen starben. Durch eine Verleugnung ihres Glaubens und den Übertritt zum Islam hätten sie ihr Leben retten können. Sie haben es aber nicht getan, sondern sind Jesus Christus im Angesicht des Todes treu geblieben. „Sie sind echte Märtyrer, auch für uns Katholiken“, so der koptisch-katholische Bischof Kyrillos Samaan von Assiut in einem Interview mit der Zeitung „Die Tagespost“. Auch Papst Franziskus hat die ermordeten Christen als Märtyrer gewürdigt. Die muslimische al-Azhar-Universität in Kairo verurteilte die Tötungen ebenfalls als barbarischen Akt. Der Gouverneur der Provinz, aus der die meisten Märtyrer stammen, kündigte den Bau einer großen Gedächtniskirche auf Staatskosten an. Der Heimatort solle zu Ehren der Märtyrer umbenannt werden. Der Staat unterstützt die betroffenen Familien finanziell. „Das ist den Menschen Trost. Ägypten ist auf dem Weg der Erneuerung“, so Bischof Kyrillos Samaan von Assiut.

April 2015: Der 26-jährige Christ Michael Mounir Beshay wurde im April 2015 wegen Blasphemie zu einem Jahr Gefängnis und zu einer Geldstrafe in Höhe von 1000 Ägyptischen Pfund verurteilt. Der Christ aus dem Ort Demian wurde beschuldigt, auf seiner persönlichen Facebook-Seite einen Link zu einem islamkritischen Videofilm bei YouTube gesetzt zu haben. Er hatte sich der Polizei gestellt, nachdem aufgebrachte Muslime vor seiner Wohnung erschienen waren, sein Auto in Brand gesteckt und seine Familie bedroht hatten.

April 2015: Wütende Muslime zogen nach dem Freitagsgebet zur Ortschaft Al Our, wo 13 der 21 im Februar in Libyen getöteten Christen herstammten, um dort gegen den Bau einer neuen Kirche zu protestieren. Einige aus der Gruppe schleuderten Steine und Brandsätze gegen die bislang schon bestehende Kirche. Dabei wurden einige Christen verletzt. Auch einige Autos wurden in Brand gesetzt. Die Polizei erschien erst, als die Angreifer schon vertrieben worden waren.

Mai 2015: In der Ortschaft Qena in Oberägypten wurde der achtjährige Junge Stephanos Hani Zaki von vier maskierten Männern entführt. Der Junge war in Begleitung seiner Mutter auf dem Weg zur Schule. Die Mutter, die den



Ägypten

Jungen an der Hand hielt, wurde geschlagen und bewusstlos geprügelt. Der Vater des Jungen meldete den Jungen bei der Polizei als entführt und vermisst.

Juli 2015: In Alexandria, im Stadtteil Ghat Al-Anb, wurde der koptische Priester Dawood Botros aus einem Krankenhaus vertrieben, als er dort einem koptischen Patienten in kritischem Zustand die heilige Kommunion bringen wollte. Die Familie des Patienten hatte den Priester um diesen Dienst gebeten. Angestellte des Krankenhauses verweigerten dem Pfarrer aber den Zutritt zum Patienten. Alle Mitarbeiter auf der Intensivstation des Krankenhauses seien Anhänger der Muslimbruderschaft, und das Vorhaben des Pfarrers sei hier nicht erwünscht. Der Pfarrer meldete den Vorfall daraufhin der Polizei. Auf seiner Facebook-Seite verurteilte der Pfarrer das Vorgehen im Krankenhaus und forderte seine Mitchristen auf, ihre bürgerlichen Rechte einzufordern. Später wurde berichtet, dass auch der Patient das Krankenhaus verlassen musste, obwohl seine Behandlung noch nicht abgeschlossen war.

Quellen

Amnesty International

Asia News (Nachrichtendienst des Päpstlichen Instituts für die auswärtigen Missionen – PIME)

Deutsche Welle (DW): www.dw.com

Die Tagespost

Human Rights Watch

Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM)

Katholische Nachrichtenagentur (KNA)

Radio Vatikan, Newsletter

U.S. Department of State: International Religious Freedom Report, 2014

U.S. Commission on International Religious Freedom (USCIRF): Annual Report 2015

www.constituteproject.org/constitution/Egypt_2014.pdf

Zenit (Nachrichtenagentur)